ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE E.V. ANTIRASSISTISCHES TELEFON



Colbestraße 19 - 10247 Berlin - Fon 030 - 785 72 81 - Fax 030 - 786 99 84 mail@ari-berlin.org http://www.ari-berlin.org

Senatsverwaltung für Inneres und Sport z.Hd. Senator Dr. Ehrhart Körting Klosterstr. 47 10179 Berlin

Berlin, den 24.6.2009

Betr.: Umverteilungsantrag von XXXXX, derzeit zugewiesen der Ausländerbehörde Burg,

Landkreis Jerichower Land, Sachsen Anhalt

Dringend: wegen drohender Abschiebung durch die Ausländerbehörde Burg

Sehr geehrter Herr Körting,

wir bitten Sie darum, der Umverteilung des Flüchtlings XXXXX nach Berlin zuzustimmen. Diese wurde gestern von seiner Anwältin per Eilantrag bei der Berliner Ausländerbehörde beantragt, weil Herr XXXXX nur noch über eine Grenzübertrittsbescheinigung bis Ende des Monats verfügt. Herr XXXXXX ist seit mehr als zwei Jahren mit XXXXXXX, verpartnert. Er hat damit zum Zweck der Familienzusammenführung ein Anrecht auf Aufenthalt und Zuzug nach Berlin.

Als Antirassistische Initiative sind wir schon mehrere Jahre in Kontakt zu Herrn XXXXX und haben in dieser Zeit mehrfach rassistische und homophobe Schikanen der bislang zuständigen Ausländerbehörde in Burg, Sachsen Anhalt öffentlich gemacht. Herrn XXXXX Antrag auf Aufenthalt nach seiner Eheschließung wurde über mehr als zwei Jahren verschleppt. In dieser Zeit argumentierte die Ausländerbehörde zunächst mit einem laufenden Residenzpflichtverfahren, dann verwies sie darauf, dass eine eingetragene Partnerschaft nicht unter den Schutz der Familie nach Grundgesetz falle, inzwischen behauptet sie, der Abschluss eines Ehevertrags verweise auf eine Scheinehe. Wir halten dieses Vorgehen für rechtswidrig und

schikanös.

Auf öffentlichen Druck hin erhielt Herr XXXXX seit März letzten Jahres mit kurzen Unterbrechungen jeweils Urlaubsscheine, die ihm den Aufenthalt in Berlin ermöglichten. Er besuchte Sprachkurse, nahm an den Aktivitäten unseres Vereines teil und hat inzwischen mehrfach vergeblich eine Arbeitserlaubnis bei der Ausländerbehörde Burg beantragt, weil er verschiedentlich Arbeitsangebote in Berlin erhielt.

Nicht zuletzt im Interesse der Berliner transsexuellen Partnerin von Herrn XXXXX bitten wir sie darum, die räumliche Zuständigkeit für Herrn XXXXX zu übernehmen. Einem auch offiziellen Zusammenzug des Paares und einer Regelung von Aufenthalt und der weiteren Lebensgrundlagen stünde dann nichts mehr im Wege.

Mit freundlichen Grüßen